

Ihre Gesprächspartner/-in:

Andreas Stangl

Andrea Heimberger MSc

Mag. Ernst Stummer LL.M.

Präsident der AK Oberösterreich

Direktorin der AK Oberösterreich

stv. Direktor der AK Oberösterreich

**AK-Bilanz 2022:
Mehr als 105 Mio. Euro für die
oberösterreichischen Beschäftigten erkämpft**

Pressekonferenz

Montag, 23. Jänner 2023, 11 Uhr

Das Jahr 2022 war ein außergewöhnliches und schwieriges. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die massiven Teuerungen verunsicherten und belasteten die Menschen wie selten zuvor. Damit nicht genug: Viele AK-Mitglieder waren mit arbeitsrechtlichen Verstößen und vorenthaltenen Pensions- oder Pflegegeldansprüchen konfrontiert und kamen in die AK zur Beratung. In arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten, in Insolvenzverfahren sowie im Konsumentenschutz konnte die AK Oberösterreich für ihre Mitglieder mehr als 105 Mio. Euro erkämpfen – ein Plus von 18 Prozent im Vergleich zum Jahr zuvor.

Das breite Angebot der Arbeiterkammer – von der Arbeits- und Sozialrechtsberatung über den Insolvenzrechtsschutz, den Konsumentenschutz, die Bildungsberatung bis hin zu den Kulturveranstaltungen – fand im Jahr 2022 großen Anklang bei den Menschen in Oberösterreich. In Summe wandten sich 321.106 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer.

Das größte Problem, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vergangenen Jahr beschäftigte, war aber die enorme Teuerungswelle. Viele fühlen sich von der Politik im Stich und mit ihren finanziellen Problemen alleine gelassen. Vier von zehn Beschäftigten kommen mit ihrem Einkommen kaum oder gar nicht mehr über die Runden, wie eine kürzlich durchgeführte IFES-Studie unter den oberösterreichischen Beschäftigten zeigte. Demnach müssen sich drei Viertel der Menschen in unserem Bundesland immer stärker einschränken, um über die Runden zu kommen. Acht von zehn erwarten sich, dass die Landesregierung endlich mehr gegen die Teuerung unternimmt.

Vehementer interessenpolitischer Einsatz gegen die Teuerungen

Die Arbeiterkammer nahm die Verwerfungen auf dem Energie- und Lebensmittelmarkt zum Anlass, vehement bundes- und vor allem landespolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Preissteigerungen einzufordern, wie etwa:

- die Umverteilung der Übergewinne des landeseigenen Energieversorgers,
- einen leichteren Zugang zur Wohnbeihilfe,
- eine spürbare Erhöhung des Heizkostenzuschusses oder
- einen Wärmepreisdeckel, wie es ihn im Burgenland bereits gibt.

Hauptaufgaben der AK Oberösterreich sind und bleiben aber die Beratung und Vertretung ihrer Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht, die Lohnsteuerberatung und der Insolvenzrechtsschutz, der Konsumentenschutz und die Bildungsberatung.

321.000 Beratungen

Während die Beratungszahlen im Arbeits- und Sozialrecht annähernd jenen aus dem Jahr 2021 entsprachen, gab es im Konsumentenschutz einen Zuwachs um mehr als 5.000 Beratungen bzw. sieben Prozent. Das ist auf vermehrte Anfragen zu den Themen Energie und Wohnen zurückzuführen. Die Beratungen zu Energiethemen, etwa zu Strom- und Gaspreisen, Pelletspreisen oder zum Pfusch beim Klimabonus, haben sich im Vergleich zum Jahr zuvor beinahe verfünffacht.

Factbox - Beratungen

| | |
|---|----------------|
| <i>Beratungen</i> | <i>321.106</i> |
| <i>davon im Arbeits- und Sozialrecht (inkl. Insolvenz und Lohnsteuer)</i> | <i>219.655</i> |
| <i>davon im Konsumentenschutz</i> | <i>84.110</i> |
| <i>davon in der Bildungsberatung</i> | <i>17.341</i> |
| <i>davon telefonisch</i> | <i>249.942</i> |
| <i>davon persönlich</i> | <i>41.284</i> |
| <i>davon schriftlich und per Mail</i> | <i>29.880</i> |

Im Arbeitsrecht dominierten Fragen zu ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen, nicht bezahlten Überstunden, falschen Einstufungen, zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen oder zu Arbeitsverträgen. Im Sozialrecht ging es vorwiegend um Pensionen, Pflegegeld und das Arbeitslosengeld. In den Bildungsberatungen ging es um Fragen der Aus- und Weiterbildung, um das Nachholen von Bildungsabschlüssen, berufliche Neuorientierung sowie die Finanzierung und Förderung von Bildungsvorhaben.

Auch für Betriebsrätinnen und Betriebsräte ist die AK eine kompetente Ansprechpartnerin, vor allem, wenn es um Betriebsvereinbarungen oder Aspekte der Gesundheit und Sicherheit in den Betrieben geht.

Der Großteil der Beratungen (78 Prozent) erfolgte auf telefonischem Wege. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren ist der Anteil der persönlichen Beratung, der aufgrund des social distancing zurückgegangen war, wieder gestiegen. Er liegt aber noch immer deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau.

Massiv gestiegen sind die Zugriffe auf oe.arbeiterkammer.at: 2022 gab es mehr als 6,8 Mio. Seitenaufrufe, um 1,5 Mio. mehr als 2021. Die am häufigsten besuchten Artikel waren: Preisvergleich Pellets, AK-Schulbonus, Preisvergleich Heizöl, Einkommen in Österreich und Eurotax.

Rund 7.800 abgeschlossene Rechtsfälle

Wenn die Beratung nicht ausreicht, übernimmt die AK Oberösterreich auch die Vertretung ihrer Mitglieder. Im vergangenen Jahr wurden von den Juristinnen und Juristen der AK Oberösterreich rund 12.300 Rechtsakte bearbeitet. Die Zahl der neu aufgenommenen Akte ist im Vergleich zum Jahr zuvor um 22 Prozent gestiegen. Mehr als 7.800 Rechtsfälle konnte die AK für ihre Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in Insolvenzverfahren gerichtlich oder außergerichtlich zu einem Abschluss bringen. Die Erfolgsquote lag im Arbeitsrecht bei knapp 80 Prozent. Die meisten Fälle betrafen Beschäftigte in der Arbeitskräfteüberlassung, im Gastgewerbe, Handel und im Transportwesen. Rund 83 Prozent von ihnen waren in Betrieben beschäftigt, in denen es keinen Betriebsrat gab.

Mehr als 105 Mio. Euro für die Mitglieder erkämpft

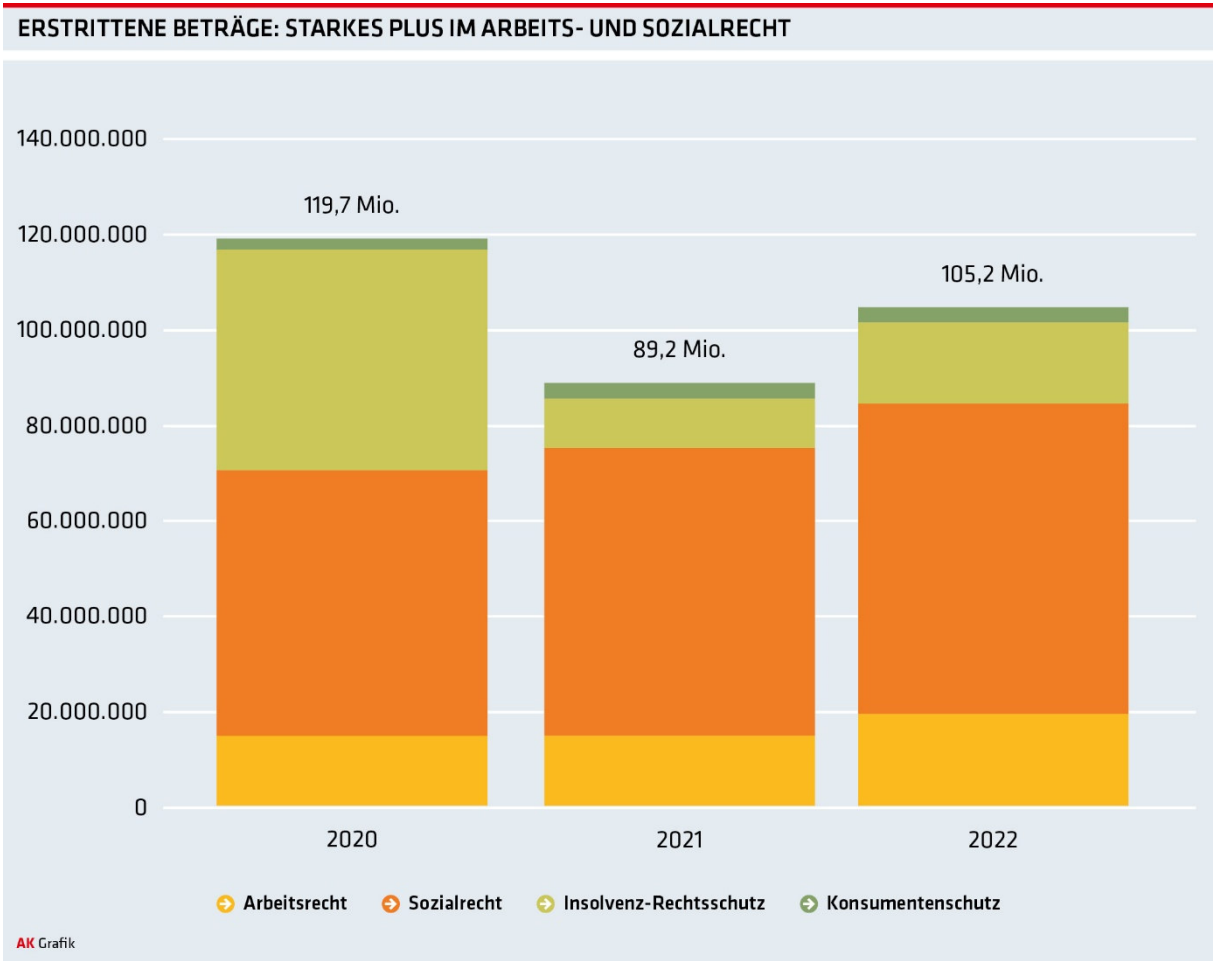
Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2022 für ihre Mitglieder 105,2 Mio. Euro erkämpfen. Das sind um 15 Mio. Euro mehr als im Jahr zuvor, aber auch um 15 Mio. Euro weniger als 2020. Ein kontinuierliches Plus gibt es bei den Erfolgen im Arbeits- und Sozialrecht. Im Sozialrecht wurden 65,6 Mio. Euro erstritten, gefolgt vom Arbeitsrecht mit 19,4 Mio. Euro und von den Insolvenzsachen mit rund 17 Mio. Euro.

Factbox - Vertretungserfolg

| | |
|------------------------------|--------------------|
| <i>erstrittene Beträge</i> | <i>105,158.617</i> |
| <i>davon im Arbeitsrecht</i> | <i>19,363.041</i> |
| <i>davon im Sozialrecht</i> | <i>65,545.633</i> |

| | |
|--------------------------------|------------|
| davon in Insolvenzrechtssachen | 17,078.992 |
| davon im Konsumentenschutz | 3,170.951 |

Im vergangenen Jahr schlitterten in Oberösterreich 257 Betriebe mit 1.730 Beschäftigten in die Insolvenz – das sind fast doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Die größten Pleiten betrafen die Burgerista Operations GmbH in Traun mit 133 Beschäftigten, die Firma SMALL Wärme-, Klima- und Sanitäreanlagen GmbH in Linz mit 129 Beschäftigten und die Biber Personalservice GmbH in Linz mit 108 Beschäftigten. Nach Branchen betrachtet gab es im Handel, im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft die meisten Insolvenzen.



Ein Fall aus der Praxis: Handelsangestellte falsch eingestuft

Eine Arbeitnehmerin aus Linz war im Lebensmittelhandel beschäftigt. Sie arbeitete an der Kassa und schlichtete Regale ein. Für diese Tätigkeit hätte sie in der Lohngruppe C eingestuft werden müssen. Tatsächlich wurde sie aber auf Basis der Lohngruppe B bezahlt.

Als das Arbeitsverhältnis aufgelöst worden war, kam die Frau zur Beratung. Zuletzt hatte sie gar keinen Lohn mehr erhalten. Auch die Beendigungsansprüche waren ihr vorenthalten worden.

Die AK klagte die Ansprüche ein und verhalf der Arbeitnehmerin zu ihrem Recht. Sie bekam den offenen Lohn, die Lohndifferenzen und anteilige Sonderzahlungen vom Gericht zugesprochen. Der frühere Arbeitgeber musste ihr 3.600 Euro brutto nachzahlen.

Factbox – größter und kleinster Erfolgsbetrag

| | <i>Erfolgs- betrag</i> |
|----------------------------------|----------------------------|
| <i>höchster Erfolgsbetrag</i> | <i>960.000</i> |
| <i>niedrigster Erfolgsbetrag</i> | <i>19,47</i> |

Der Fall mit dem größten finanziellen Erfolg:

AK-Konsumentenschutz erkämpft lebenslange Unfallrente

Auch beim spektakulärsten Fall, den die Expertinnen und Experten der Arbeiterkammer im vergangenen Jahr zu einem erfolgreichen Abschluss bringen konnten, ging es um einen Unfall. Einem Mann aus dem Raum Linz musste nach einem Arbeitsunfall der rechte Unterschenkel amputiert werden. Seine Versicherung verweigerte ihm jedoch die Unfallrente, weil der Gutachter die Invalidität des Mannes nur mit 35 Prozent einschätzte.

Die AK beantragte daraufhin ein zweites Gutachten, in dem eine erheblich höhere Invalidität festgestellt wurde. Als die Versicherung noch immer nicht zu einer einvernehmlichen Lösung bereit war, brachte die AK den Fall vor das Landesgericht Linz. Dieses bewertete die Invalidität mit 45 Prozent. Gemeinsam mit einer weiteren durch den Unfall verursachten Invalidität von sieben Prozent erreichte der Mann die im Versicherungsvertrag vereinbarten 50 Prozent.

Allen Tatsachen zum Trotz weigerte sich die Versicherung, die vereinbarte Leistung zu erbringen, und ging bis zum OGH. Dieser urteilte im Sinne des verunfallten Mannes und sprach ihm eine lebenslange Unfallrente von monatlich rund

1.900 Euro und eine Nachzahlung von mehr als 120.000 Euro für den Zeitraum ab dem Unfall zu.

Neue Leistungen für die AK-Mitglieder

Um den AK-Mitgliedern in der schwierigen Situation massiver Teuerungen direkt und unkompliziert zu helfen, hat die AK zwei neue finanzielle Direktleistungen ins Leben gerufen:

- einen Zuschuss zum Fahrsicherheitstraining in Höhe von 100 Euro für junge AK-Mitglieder, um sie in ihrer Mobilität zu unterstützen – dieses Angebot wurde bereits mehr als 1.100 Mal in Anspruch genommen;
- und den AK-Schulbonus im Wert von 100 Euro für alle oberösterreichischen Volksschul-, Vorschul- und Sonderschulkinder – dieser wurde bis Jahresende mehr als 33.000 Mal ausgezahlt.
- Zudem wurde der AK-Bildungsbonus um 15 Prozent auf 150 Euro erhöht. Neu ist auch, dass er seit Dezember 2022 einfach und unkompliziert online beantragt werden kann.

Mit der Beratung und Vertretung in Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung wurde 2022 ein neues Angebot geschaffen, das bereits Wirkung zeigt: Die Erfolgsquote bei den von den AK-Rechtsexperten/-innen unterstützten Beschwerden gegen Arbeitslosengeld-Sperren ist hoch. Dadurch wurde erreicht, dass in Oberösterreich im Vergleich zu 2021 die Sanktionen nach §9 (wegen genereller Arbeitsunwilligkeit) von 464 auf 369 und nach §10 (wegen Vereitelung einer Arbeitsaufnahme) von 5.458 auf 4.278 gesunken sind. Damit konnte Oberösterreich im Bundesländer-Ranking den letzten Platz bei den Arbeitslosengeld-Sperren verlassen.

AK Oberösterreich

Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Tel. +43 (0)50 6906-0

Homepage: ooe.arbeiterkammer.at

Beratungszeiten: Mo bis Do 7:30 bis 16 Uhr, Fr 7:30 bis 13:30 Uhr,

Arbeits- und Sozialrechtsberatung

Telefonisch: +43 (0)50 6906-1

E-Mail: rechtsschutz@akooe.at

Lohnsteuerberatung: +43 (0)50 6906-1603 oder lohnsteuer@akooe.at

Insolvenzrechtsschutz: +43 (0)50 6906-2364 oder insolvenzrecht@akooe.at

Konsumentenschutz

Telefonisch: +43 (0)50 6906-2

E-Mail: konsumentenschutz@akooe.at

Mietrecht: +43 (0)50 6906-1602 oder mietrecht@akooe.at

Bildungsberatung

AK-Bildungstelefon: +43 (0)50 6906-1601

E-Mail: bildungsinfo@akooe.at

Alle Infos: ooe.arbeiterkammer.at/bildungsberatung

Betriebsräteberatung

Telefonisch: +43 (0)50 6906-2323

E-Mail: kbi@akooe.at

Arbeitsicherheit und Gesundheit

Telefonisch: +43 (0)50 6906-2317

E-Mail: arbeitsbedingungen@akooe.at

Gleichbehandlungsberatung

Telefonisch: +43 (0)50 6906-1910

E-Mail: gleichbehandlung@akooe.at

Frauen- und Gleichstellungspolitik: +43 (0)50 6906-2142 oder frauen@akooe.at